



Haushalts- und Finanzausschuss

32. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

21. Februar 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.55 Uhr

13.25 Uhr bis 14.35 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/2124

Zuschrift 13/1351

1

Im Rahmen einer ersten, kurzen Beratung beantwortet Vorstandsvorsitzender Jürgen Sengera (WestLB) Fragen aus dem Ausschuss. Es wird vereinbart, die Fragen der Fraktionen an das Finanzministerium zu sammeln und dem Ministerium zuzuleiten, sodass sie schriftlich beantwortet werden können.

*1) Vertraulicher Teil zu TOP 3 s. Vertr. APr 13/9

Dringliche Anfrage

der Fraktion der CDU:

Wie soll die private Finanzierung des Metrorapid nach aktuellem Stand gestaltet werden?

3

Der Ausschuss nimmt zunächst einen Bericht von Minister Peer Steinbrück (FM) entgegen.

3

Anschließend beantworten der Finanzminister und StS Hennerkes (MWMEV) Fragen der Abgeordneten.

5

2 Steuer- und finanzpolitische Rahmenbedingungen für den Haushaltsvollzug 2002 und die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2003

Bericht des Finanzministeriums

10

Minister Peer Steinbrück (FM) berichtet dem Ausschuss.

10

In der anschließenden Diskussion nimmt der Finanzminister zu den Fragen Stellung und sagt eine schriftliche Übersicht über alle Transferausgaben des Landes ab 500.000 Euro zu.

12

3 Sachstandsbericht zur Bürgerschaftsangelegenheit LTU

Bericht des Finanzministeriums

16

Der Ausschuss beschließt einstimmig, in vertraulicher Sitzung zu beraten (s. *Vertr. APr 13/9*).

4 Umsatzsteuerbefreiung für die Deutsche Post AG

Bericht des Finanzministeriums 16

StS Dr. Noack (FM) erstattet Bericht. 16

In der darauf folgenden Diskussion sagt der Finanzminister die Prüfung der Frage zu, inwieweit dem Ausschuss noch weitere Informationen gegeben bzw. Unterlagen zur Verfügung gestellt werden können. 17

5 Gesetz zur Errichtung einer GemeindeprüfungsanstaltGesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1884 23Nach kurzer Erörterung **verzichtet** der Ausschuss einvernehmlich darauf, ein Votum abzugeben.**6 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG****hier: 31. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"**

Vorlage 13/1161 23

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag nach kurzer Aussprache einstimmig, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

7 Masterabschlüsse von Universitäten und Fachhochschulen gleichstellen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1863

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2080

24

Nach kurzer Beratung **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss einstimmig bei einer Enthaltung, dem **Antrag** der Fraktion der FDP mit folgender **Ergänzung zuzustimmen**:

"Dabei ist durch bundeseinheitliche Regelungen die Gleichwertigkeit der Abschlüsse sicherzustellen."

8 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 2002/2003

Vorlagen 13/1189 und 13/1276

25

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Personal" **stimmt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP der Verordnung **zu**.

9 Tausch von Grundstücken des Landes Nordrhein-Westfalen und der Gemeinde Niederkrüchten

Vorlagen 13/1196 und 13/1253

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, dem Tausch der Grundstücke **zuzustimmen**.

Berichterstatterin: Edith Müller (GRÜNE)

10 Veräußerung unbebauter Grundstücke des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW in Dortmund

Vorlagen 13/1203 und 12/1254

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" **empfiehlt** der Ausschuss ohne Aussprache ebenfalls einstimmig, der Veräußerung **zuzustimmen**.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

11 Ausschusstermine im Jahr 2002

25

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich,

- den Ausschusstermin 7. November auf den 14. November 2002 zu verschieben und
- die nächste Haushaltsklausur am 26. und 27. September 2002 in Bonn durchzuführen.

12 Verschiedenes

26

Helmut Diegel (CDU) und Wolfgang Dietrich (CDU) tragen Fragen an die Landesregierung vor, die schriftlich beantwortet werden sollen.

Eine weitere Frage von Angela Freimuth (FDP) wird von StS Dr. Noack (FM) beantwortet.

Der Ausschuss spricht sich einvernehmlich dafür aus, an der Anhörung des Ausschusses für Frauenpolitik zum Thema "Gender-Mainstreaming" am 11. März 2002 nachrichtlich beteiligt zu werden.

Zu den Hinweisen, dass die in Rede stehenden Steuereinnahmen dringend gebraucht würden, bemerkt **StS Dr. Noack (FM)**, wenn die Finanzverwaltung in der Lage wäre, Steuerbescheide zu erlassen, würde die Deutsche Post dagegen natürlich Rechtsmittel einlegen, sodass vermutlich ein langwieriger Rechtsstreit, aber nicht sofort Liquidität entstünde.

5 Gesetz zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1884

Vorsitzender Volkmar Klein teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei am 19. Dezember 2001 zur Mitberatung u. a. an den HFA überwiesen worden. Der federführende Ausschuss für Kommunalpolitik habe mitgeteilt, dass er seine Beratung am 13. März 2002 abschließen wolle, sodass man heute entscheiden müsse.

Aus der SPD-Fraktion habe er gehört, dass noch auf die Auswertung von Rückläufen gewartet werde. Daher frage er sich, ob der HFA bereits ein Votum abgeben solle, ohne dass die schriftlichen Auswertungen vorlägen, oder ob er auf ein Votum verzichten und das dem federführenden Ausschuss überlassen wolle.

Angesichts der Terminlage - und, wie **Manfred Palmén (CDU)** bemerkt, im Interesse der Seriosität der Arbeit - verzichtet der **Ausschuss** einvernehmlich auf ein Votum.

6 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG

hier: **31. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"**

Vorlage 13/1161

Vorsitzender Volkmar Klein stellt fest, der HFA habe als federführender Ausschuss dem Landtag eine Beschlussempfehlung vorzulegen. Der mitberatende Wirtschaftsausschuss habe bereits einstimmig empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Manfred Palmén (CDU) legt dar, die Bundesrepublik habe gegen die Kappung beim Europäischen Gerichtshof Klage erhoben. Ihn interessiere, ob diese Klage Aussicht auf Erfolg habe oder ob damit zu rechnen sei, dass das so, wie es aus der Vorlage hervorgehe, durchgewinkt werden müsse. - **Minister Peer Steinbrück (FM)** sagt eine schriftliche Beantwortung zu.